

Sartengarn der Bahnhofsweberei in Köschendorf gehängt. Die Kriminalpolizei stützt um Mitternacht über den Verbleib dieser Handtasche. Zu erwähnen ist noch, daß der Soldat, gegen den sich infolge einer zufälligen Verkettung mehrerer Umstände ursprünglich ein gewisser Verdacht ergeben hatte, bereits vor einigen Tagen aus der Haft entlassen worden ist.

Dresden. (Dr. Cornelius Gurllitt.) Der Kunsthistoriker Geheimer Rat Prof. Dr. Cornelius Gurllitt wurde von der Theologischen Fakultät der Universität Halle zum Ehrendoktor der Theologie ernannt. — (Sammlung für die Ruhrhilfe.) Die am Montag in der Dresdener Produktenbörse vorgenommene Sammlung für die Ruhrhilfe ergab den ansehnlichen Betrag von 1513 000 Mark.

Sachsen. (Brügelien bei einer Bundesversammlung.) Gelegentlich einer von den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei einberufenen politischen Versammlung, in der Ministerpräsident Buch sprach, kam es zu Fälschungen, in deren Verlaufe man mit Spazierstöcken und Stühlen auf einander losging.

Leipzig. (Dr. Stresemann über die Ruhrbesetzung.) In einer Veranstaltung des Wahlkreisverbandes Leipzig der Deutschen Volkspartei hielt Dr. Stresemann eine Rede, in der er sich über die ersten vier Wochen der Ruhrbesetzung aussprach. Er bezeichnete es als eine Enttäuschung der Franzosen, daß sie bei ihrem Einmarsch in das Ruhrgebiet eine ganz andere deutsche Regierung und ein ganz anderes deutsches Volk vorgefunden haben, als sie erwartet hatten. In Paris herrsche große Nervosität, in Deutschland sei mit dem Kabinett Cuno endlich ein Kabinett der Mäßigkeit ans Ruder gekommen. Notwendig sei aber, daß diese Regierung am Ruder bleibe und daß sie von einheitlichem Volkswillen, auch von der Sozialdemokratie gestützt wird. Der Staat sei nicht dazu da, dem einzelnen Volksgenossen sein Vergnügen zu garantieren, sondern der einzelne sei dazu da, den Staat zu stützen und ihm Opfer zu bringen, denn wir leben gegenwärtig im Kriege. Nationalbewußtsein und die Idee der Volksgemeinschaft seien gegenwärtig die stärksten Kräftequellen für die Fortdauer des Widerstandes des deutschen Volkes. Beide Ideen zu pflegen sei die Aufgabe einer zielbewußten Politik der Mitte. Die Ausführungen Stresemanns wurden wiederholt von stürmischem Beifall unterbrochen.

Leipzig. (Gegen die Preistreiberi im Viehhandel.) Die Teilnehmer einer Besprechung, die auf Veranlassung der Preisprüfungsstelle Leipzig zwischen den Preisprüfungsstellen der größeren sächsischen Städte und unter Teilnahme von Vertretern der Landespreisprüfungsstelle und der Staatsanwaltschaft hier stattfand, waren sich darüber einig, daß eine scharfe Ueberwachung des Viehhandels allein nicht genüge, um der Preistreiberi Einhalt zu tun, sondern daß es vielmehr eines Eingreifens von Reichswegen bedürfe. Die Preisprüfungsstelle Leipzig hat dem Reichswirtschaftsministerium entsprechende Vorschläge eingereicht. Das sächsische Wirtschaftsministerium wurde gebeten, auch auf dem platten Lande eine stärkere Ueberwachung der Preisbildung für Vieh und Fleisch zu organisieren.

Freiberg. (Die Gefährdung des Freiburger Domes.) In einer Versammlung der hiesigen Kirchengemeinden teilte Pfarrer Koch u. a. mit, daß die Johanniskirche unter der Schuldlast bereits zusammengebrochen sei und die Domgemeinde mitten im Zusammenbrüche stehe. Der zweite Dampfer sei bereits in einem Nebenberufe tätig, um sich und seine Familie über Wasser zu erhalten. Der Dom drohe zu versinken.

Freiberg. (Millionenpende.) Die von drei Freiburger Burshenschaften in der Bürgerchaft veranstaltete Sammlung für Ruhr und Rhein hat ziemlich 7 Millionen Mark erbracht.

Geyer. (Bürgerlicher Sieg im Stadtparlament.) Bei den Stadtverordnetenwahlen am Sonntag wurden elf Bürgerliche und sieben Sozialdemokraten gewählt. Das bisherige Stadtparlament bestand aus zehn Sozialdemokraten und acht Bürgerlichen.

Zwickau. (Genehmigung einer Milliardenanleihe.) Die Regierung hat die beiden von der Stadtgemeinde geplanten städtischen Anleihen im Betrage von mehr als einer Milliarde Mark genehmigt.

Aue. (Stadtfest.) Am 5. 6. und 7. Mai feiert unsere Stadt das 750-jährige Stadtfest.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

(Ueber die deutschen Reparationskollennlieferung) im Jahre 1922 wird nunmehr eine amtliche deutsche Denkschrift bekannt, in der die bemerkenswerte Erscheinung festgesetzt wird, daß eine immer steigendere Kollennmenge bei einer garnicht ins Gewicht fallenden Verringerung der Steinkollennmenge von Deutschland verlangt werden ist. Die gesamte deutsche Reparationskollennlieferung im Jahre 1922 beträgt auf Grund anerkannter Rechnungsunterlagen 16 035 493,598 Tonnen. Tatsächlich sind dagegen im Jahre 1922 etwa 18 965 264,2 Tonnen an Frankreich, Belgien und Italien auf den Weg gebracht worden. Die bisher erfolgte Gesamtlieferung aus der Reparationsverpflichtung stellt sich auf rund 58 Millionen Tonnen. Deutschland mußte diese Kollenn nach dem Versailler Vertrage zum deutschen Gebietsinnereisen frei Grenze des Empfangslandes abliefern, bezog also für sie nicht den weit höheren Weltmarktpreis und hatte außerdem die hohen, teils — bei Durchfuhr — hochballastischen Frachtpreise zu tragen. Frankreich ist durch diese Lieferungen in den Stand gesetzt worden, seinen Selbstverbrauch zu einem billigen Preis zu decken und seine kollennverbrauchende Industrie zum Schaden der übrigen Entente und neu-

tralen Mächte Dumping auf dem Weltmarkt treiben zu lassen. Das Ruhrabenteurer hat Frankreich dieser Vorteile beraubt, die es, wenn Deutschland durchhält, auch niemals wieder erlangen darf.

Darmstadt, 13. Februar. (Reichspräsident Ebert in Darmstadt.) Reichspräsident Ebert ist heute nachmittag von Karlsruhe kommend in Begleitung des Reichsministers Dezer und des Reichsfinanzministers Dr. Albert hier einetroffen. Die Herren wurden am Bahnhof von hiesigen Ministerpräsidenten Ulrich empfangen und fuhrten sogleich zum Staatsministerium, wo eine Besprechung stattfand, zu der die Vertreter aller staatlichen und städtischen Behörden von Handel und Industrie, der Wissenschaft und Geisteslichkeit sowie zahlreiche abgeordnete Personen erschienen waren. Staatspräsident Ulrich begrüßte darauf den Reichspräsidenten, worauf dieser eine Ansprache hielt. Der Reichspräsident nahm Bezug auf seinen Besuch in Karlsruhe und stellte die völlige Uebereinstimmung bei den getroffenen Maßnahmen fest. Die Arbeiter haben in Karlsruhe im Vereine mit der studentischen Jugend Schulter an Schulter in einer spontanen Kundgebung Hilfe gelobt. Heute sich habe er mit Vertretern von Handel und Industrie in Mannheim verhandelt. Auch hier gab es nur eine Stimme der Entschlossenheit und des festen Widerstandes. Den Einbruch in das Ruhrgebiet beurteilt die Reichsregierung genau so, wie das hiesige

An unsere Postbezieher!

Unsere Postbezieher müssen wir wiederholt bitten, den Differenzbetrag von 200.— Mark für Februar zwischen dem tatsächlichen Bezugspreis und dem angemeldeten Postbezugspreis nachzuschicken auf unser Postcheckkonto Dresden 2133. Zu diesem Zwecke legen wir heute eine Zahlkarte zur gef. Benutzung bei. Am 20. Februar beginnen wir mit der Einziehung durch Nachnahme.

Verlag des Pulsnitzer Wochenblattes.

Land. Nichts sagende Gründe hätten auch zu dem letzten Uebergriff geführt, denn es drehe sich garnicht um den Rhein, sondern um die alten Bestrebungen der französischen Politik, den Süden vom Norden zu trennen. Die Staatspräsidenten von Baden und Württemberg halten feierlich versichert, daß man nicht daran denke, auch nur einen Quadratkilometer deutschen Landes freiwillig freizugeben. Der Reichspräsident schloß mit einem Appell, zusammenzustehen, ohne Unterschied der Weltanschauung. In dieser Zeit gebe es nur ein Ziel und einen Weg. Es gilt die deutsche Zukunft zu sichern. — Einräumiger Beifall folgte den Ausführungen des Reichspräsidenten. Eine große Anzahl von Rednern brachte darauf ihre Wünsche und Klagen über die große Bedrückung zum Ausdruck. — Der belgische Arbeitsminister Haab gab dann eine Reihe von Mitteilungen über die bisher getroffenen und noch in Aussicht genommenen Schritte der belgischen Regierung bekannt, worauf Reichsinnenminister Dezer das gesamte Bild zusammenfaßte, die getroffenen Maßnahmen besprach und die Hilfe der Reichsregierung zusicherte. Der Reichspräsident begab sich abends kurz nach neun Uhr nach Berlin zurück.

England.

London, 13. Februar. (Thronrede des englischen Königs im Unterhause.) Die heutige Rede des englischen Königs im Unterhause befaßte sich zunächst mit der Haltung Englands gegenüber den Alliierten in der Frage der Ruhrbesetzung. Der König führte etwa folgendes aus: Die Konferenz, die im letzten Dezember mit Deutschland über die deutschen Zahlungsverpflichtungen abgehalten worden war, ist im Januar in Paris fortgesetzt worden. Meine Regierung hat in ihrem Wunsche, eine vollkommene Lösung der Reparationsfrage zu beschließen, ihren Verbindlichkeiten weitgehende Konzessionen in der Frage ihrer Schulden an England gemacht. Ich bedauere es außerordentlich, daß es nicht möglich war, eine allgemeine Uebereinstimmung zu erzielen. Die französische und die belgische Regierung haben daher beschlossen, die von ihnen zur befriedigenden Frage in die Tat umzusetzen und auch die italienische Regierung hat ihre Aktion gutgeheißen. Meine Regierung hat, da sie sich weder diesem Plane widersetzt, noch an diesem teilnehmen wollte, eine Haltung in dem Sinne eingenommen, daß die Schwierigkeiten ihrer Verbindlichkeiten nicht noch erhöht werden. Bezüglich der Verhandlungen in Lausanne führte der König aus, er bedauere es außerordentlich, daß trotz des von den Alliierten gezeigten, verständlichen Geistes und der von ihnen beabsichtigten Konzessionen, die Unterzeichnung des Friedensvertrages in letzter Stunde noch durch die türkische Weigerung verzögert worden sei. Er hoffe dennoch, daß die türkische Regierung nach lückenloser Einsicht in die Verhandlungsberichte doch noch den Vertrag annehmen werde. Zum Schluß berührte der König die Frage der englisch-amerikanischen Schuldentilgung und die Frage der Arbeitslosigkeit. — Im Oberhause erwartet man eine bedeutende Rede Cursons, im Unterhause ebenfalls eine Rede Bonar Law's über die außenpolitische Lage.

London, 13. Februar. (Die Unterhause debatte über die englische Thronrede.) Im Unterhause wurde heute die Debatte über die Thronrede durch den Führer der Republikaner eröffnet. Ramsay MacDonald sprach die Meinung der Arbeiterpartei dahingehend aus, daß die französische Ruhrbesetzung keinen Erfolg haben werde. Er beklagte den Geist, der in den Alliierten gelebt habe, als sie in die Reparationspolitik von Versailles eingingen und verlangte die Aufrechterhaltung völliger Neutralität gegenüber den Ereignissen an der Ruhr. MacDonald wandte sich dann an alle Parteien des Hauses mit der dringenden Aufforderung, ohne Leidenschaft und Vorurteil dem schweren Problem der Arbeitslosigkeit zu Hilfe zu gehen. Er fragte auch den Ministerpräsidenten, ob Frankreich irgend eine Mitteilung über die Zahlung der französischen Schulden an Britannien gemacht worden sei. — Nach ihm sprach Asquith, der liberale, ehemalige Ministerpräsident. Das Reparationsproblem beherrsche noch immer die ganze zivilisierte Welt und werfe seine Schatten über sie. Es bestrebe keine Regierung, Deutschland von der Zahlung der Reparationen zu lassen Herzens zu entbinden. Man könne auch nicht verlangen, daß Frankreich seine von ihm verlangten Sicherheiten abgibt, aber es frage sich doch, ob es nicht einen besseren Weg gebe zur Erlangung dieser Sicherheiten, als sich ein zweites Mal Schlagvolbringen anzueignen. Es ist ein Beweis der Unfähigkeit ganz Europas und insbesondere der Alliierten, wenn es noch nicht gelungen sei, nach vier Jahren voller Konferenzen zu einer endgültigen Lösung der Reparationsfrage zu kommen. — Nach Asquith ergriff Bonar Law das Wort. Er wies zunächst darauf hin, daß die Arbeitslosigkeit ein Sinken von 20 Prozent zeige, da das Geschäftsleben sich ständig bessere. Zur Lage im nahen Osten sagte er, niemand in Britannien wolle den Krieg und hoffe auch aufrichtig und glaube fest, daß keine Kriegsgefahr besteht. Allerdings dürften die Türken nicht allzusehr auf die britische Kriegsmäßigkeit zählen. Zum Reparationsproblem habe Großbritannien seinerzeit vorgeschlagen, daß Deutschland 2500 Millionen bezahlen solle. Auf dieser Basis müsse verhandelt werden. Er glaube, das französische Gefühl der Unsicherheit sei der Grund für die Verwerfung des englischen Vorschlages auf der Pariser Reparationskonferenz gewesen. Bonar Law machte dann einen wichtigen Hinweis auf die Ruhrfrage, indem er sagte, die französische öffentliche Meinung habe die Lage nicht erkennen wollen, ehe die Besetzung des Ruhrgebietes durchgeführt worden sei. Ich habe gehofft, so fuhr der Ministerpräsident weiter fort, wir würden den Wiederaufbau Europas

Schulter an Schulter mit Frankreich ausführen können. Ich fühle es mit Bewußtheit, daß Frankreich mit dem Einschlagen dieses Weges etwas tat, was nicht nur für Europa, sondern auch für Frankreich verhängnisvoll werden würde. Nach unserer Ansicht wird sich das Antreiben als höchst gefährlich für das ganze wirtschaftliche Leben herausstellen. Es hat sich erwiesen und was ich befürchte, hat sich ereignet, aber das ist noch nicht das Ende. Die Ruhr ist die Schlagader der gesamten europäischen Industrieunternehmen. Es könne der Fall eintreten, daß Frankreich oder Deutschland die Anwesenheit englischer Truppen am Rhein unmöglich machen würden. Das wäre ein beklagenswertes Unglück und damit im wahren Sinne des Wortes das Ende der Entente besiegelt. Die französische Regierung hat sich auf ihre Politik verpflichtet und muß sie durchführen. England habe immer noch seine Truppen in Köln, aber er wisse nicht, ob es möglich sein werde, sie noch lange dort zu halten. Die Frage sei noch nicht akut geworden. Immerhin hoffe er, daß sich eine Gelegenheit einstellen werde, die es England erlaube, in geeigneter Weise zu intervenieren. — Das ganze Haus folgte den Ausführungen Bonar Law's mit großer Aufmerksamkeit und lebhaftem Beifall. Die Thronrede-Debatte wurde darauf von noch verhandelnden anderen Abgeordneten aller Parteien fortgesetzt.

London, 14. Februar. (Keine Intervention Englands.) Die aus dem Auslande eintreffenden Nachrichten von einer bevorstehenden Intervention Englands sind vollständig unbegründet und werden in amtlichen Londoner Kreisen mit Entschiedenheit bestritten.

Sächsischer Landtag.

Sitzung vom 13. Februar 1922

Dresden. Auch die heutige Sitzung des Landtags, für die wiederum als einziger Punkt der Tagesordnung „Wahl des Ministerpräsidenten“ zur Erledigung stand, verlief ergebnislos. Da bis heute eine Einigung unter den Parteien nicht zustande gekommen war, wählten wiederum die Fraktionen, nachdem sie die Haltung der Partei in Erklärungen dargelegt hatten, ihre Fraktionsvorsitzenden, jedoch keiner der Gewählten die erforderliche Anzahl Stimmen auf sich vereinigte. — Eine Auflösung des Landtags und Neuwahlen dürften, wenn die Fraktionen sich nicht noch in letzter Stunde einigen, nicht ausgeschlossen erscheinen.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 13. Februar 1923

Im Reichstage nahm am Dienstag der neue Justizminister Dr. Heintze bei der Beratung des Justizhaushaltes zu mehreren Rechtsfragen Stellung. Vorher hatte Dr. Raßl (Dsch. Volksp.) seine sachkundige Rede gehalten, in der er auch eine Entlastung des Reichsgerichtes forderte. Er erinnerte dabei an die Kriegsschuldigenprozesse und gab den Franzosen den guten Rat, erst einmal ihre eigenen Kriegsschulden aus den letzten vier Wochen vorzunehmen; dann würden sie genug zu tun haben. Das Gesetz zum Schutze der Republik hielt er für überflüssig und rief damit den Einspruch der Linken hervor. Auch der demokratische Abgeordnete Brodauf gedachte mit Teilnahme der vielen Opfer fremder Willkür, namentlich der Opfer der Brandnation. Er wies auch auf die Not der Unwäite hin. Dr. Heintze gab dann in großen Zügen Auskunft über den Stand der Rechtsfragen, die sich der Not der Zeit anpassen mußte. Der Entwurf eines neuen Strafgesetzes lege dem Kabinett vor; er werde aber in den nächsten Monaten nicht zur Erörterung kommen können, da durch die Bedrohung im Westen andere Fragen dringender geworden sind. Dasselbe gelte von vielen anderen Reformentwürfen. Die bayerischen Volksgerichte widersprechen nicht der Reichsverfassung. Der Feindbuchsprozeß werde im Ausschuss geprüft werden. Der Minister kündigte einen Entwurf zur Entlastung des Reichsgerichtes an. Die Anwaltsgebühren sollen grundlegend geändert werden. Unter dem Beifall des Hauses hob der Minister hervor, daß Rechtsprechung und Wissenschaft aus den bestehenden Gesetzen außerordentlich viel schaffen könnten, und daß wir garnicht so viel Gesetzmacherei brauchen. Der Minister schloß mit der Aufforderung an den Reichsrat, auch dem Auslande gegenüber sein gutes Recht zu verteidigen. Der Abg. Baerle (Bayr. Volksp.) wandte sich jede Erleichterung der Ehecheidung und gegen eine Gleichstellung von ehelicher und unehelicher Mutterschaft, während der Abg. Jergel (Komm.) den deutschen Richtern Klassenjustiz vorwarf. Nachdem der Abg. von Große (Dsch. Volksp.) sich gegen die Vorgehung der nationalsozialistischen Anhänger verwahrt hatte, beschwor Herr Ledebour eine wilde Sturmjagd heraus, als er Hindenburg und Ludendorff als Kriegsverbrecher bezeichnete und ihre Würdigung forderte. Lebhafteste Proteste im ganzen Hause wurden laut und es wäre beinahe zu einem Handgemenge gekommen. Es hagelte Schimpfwörter und nur mühsam vermochte Vizepräsident Dr. Bell die Ruhe wieder herzustellen, indem er daran erinnerte, daß die Augen der ganzen Welt auf Deutschland gerichtet seien. Nach kurzer weiterer Aussprache wurde die Beratung abgebrochen und auf Mittwoch vertagt.

Sitzung vom 14. Februar 1923

Im Reichstage wurden am Mittwoch keine Justizfragen behandelt, nachdem über die Tätigkeit des Amnestieausschusses verhandelt worden war. Es handelt sich um die Nachprüfung der Beurteilungen aus den mitteldeutschen Aufstürzen und dem Eisenbahnerstreik. Nur drei Fälle sind noch nicht erledigt. In der Aussprache spielte auch die Not der Rechtsanwäite eine Rolle, ferner die Frage einer Reform des Strafvollzuges. Der Minister stellte fest, daß unter Strafvollzug sich noch sehen lassen kann. Eine andere Angelegenheit der Mindestgehälter hielt auch er für notwendig. Die Entschädigung, die eine Amnestie fordert, wurde dem Ausschuss überwiesen. Im Anschluß daran begann der Reichstag gleich die Beratung des Ministeriums des Innern. Hier wies Abg. Schreiber (Z.) darauf hin, daß dieses Ministerium das Ministerium der Reichseinheit sei. Er warnte vor übertriebener Zentralisierung. Städte wie Karlsruhe, Stuttgart, Dresden, Darmstadt könnten nie auf das Niveau einer französischen Provinzstadt sinken. Der Redner geißelte die Besetzungen im Westen als einen Vorstoß gegen die ganze Kultur. Der Sozialdemokrat Sollmann unterstieß noch diese Worte des Vordröners und erklärte, daß in diesem Sinne ein Abwehrkampf geführt werden könne. Er verlangte auch eine Notgemeinschaft für die deutsche Kunst und gestand den Ländern ein Recht auf eigenes Kulturbüro zu; sie müßten aber immer bedenken, daß über ihnen das Reich stehe. Die Aussprache geht am Donnerstag weiter.

Offenes Geständnis eines Belgiers.

Ein Gothaer Werk, das u. a. auch belgische Großabnehmer zu seinen Kunden zählt, hat nach der widerrechtlichen Besetzung des Ruhrgebietes durch Frankreich und Belgien dem Beschluß der gesamten Industrie folgend, während der Dauer dieses Einbruches jeden Verkehr mit Kunden in den genannten Ländern abzulehnen, in diesem Sinne auch an seine belgischen Firmen geschrieben und die Ausführung der noch laufenden Aufträge abgelehnt. Darauf erhielt das Werk eine Antwort des belgischen Hauses, die es verdient,